

Pressemeddelelse

Kiel, 01.07.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **Etwas ist faul im Land Schleswig-Holstein**

*Zur Aussage des Ministerpräsidenten in der heutigen Ausgabe des „Flensburger Tagesblatts“, die Staatskanzlei sei von Staatsanwälten darauf aufmerksam gemacht worden, dass Mitglieder des HSH Nordbank-Beirats im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss befangen sein könnten, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher des SSW im Landtag, **Lars Harms**:*

„Etwas ist faul im Land Schleswig-Holstein. Entweder mischen sich Staatsanwälte in die Politik ein, oder der Ministerpräsident hat die angeblichen Staatsanwälte für seine politischen Zwecke erfunden. Beides wäre ein Skandal.“

Wenn Staatsanwälte wirklich der Staatskanzlei mitgeteilt haben sollten, dass einige Abgeordnete ihrer Meinung nach nicht im Untersuchungsausschuss sitzen dürfen, dann haben sie sich in politische Sachverhalte eingemischt, die sie beruflich nicht zu interessieren haben. Die angebliche Befangenheit von Ausschussmitgliedern ist weder strafrechtlich noch anderweitig für Staatsanwälte relevant und darf nicht Gegenstand von staatsanwaltlicher Arbeit sein.

Sollte Peter Harry Carstensen andersherum die angeblichen Staatsanwälte erfunden haben, um in dieser peinlichen Geschichte seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, dann wäre dies eine schlichte Lüge, für die er sich vor dem Landtag und den Schleswig-Holsteinern wird rechtfertigen müssen.“



*Der SSW-Landtagsabgeordnete Harms hatte gestern schon eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in dem er nach den Kosten des Rechtsgutachtens für die Staatskanzlei fragt, das die Unbefangenheit der HSH Nordbank-Beiratsmitglieder im Untersuchungsausschuss in Frage stellt.*

